# V-4-NEU1 Überall Krieg, nirgendwo Schutz

| | |
|---|---|
| Gremium: | Länderrat |
| Beschlussdatum: | 14.12.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | TOP 4 Verschiedene Anträge |

## Antragstext

Schaut man heute in die Nachrichten, so herrscht gefühlt überall auf der Welt Krieg. Ob Ukraine, Sudan oder Nahost: Bei kriegerischen Auseinandersetzungen geht es immer um Verteilungskonflikte. Um Macht, die vor allem einzelne Männer über Staatsgebiete ausüben wollen.

Als Jugendorganisation in Deutschland stehen wir bei allen kriegerischen Konflikten auf der Seite der Zivilbevölkerung und setzen uns für den Schutz von Menschenleben und den Schutz eines Lebens in Würde für alle Menschen ein. Zudem ist es unsere Pflicht, in Deutschland auf das Leiden aufmerksam zu machen, uns mit betroffenen Communities zu solidarisieren und entschieden bei Diskriminierungen einzuschreiten. Die Antwort auf kriegerische Auseinandersetzungen darf niemals mehr Spaltung und die Verengung von Diskursräumen sein. Unsere Migrationsgesellschaft muss die vielfältigen, unterschiedlichen Perspektiven anerkennen, die auch aufgrund von biografischen Prägungen mitunter voneinander abweichen. Grundlage für all unsere gesellschaftlichen Diskussionen muss dabei der Konsens sein, dass die Würde aller Menschen unantastbar ist und alle Menschen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und ihres ethnischen Hintergrundes gleich an Rechten sind.

**Slava Ukraini**

Putins Russland bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der Ukraine, Teil der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der Krim und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ostukraine seit 2014, sowie ein umfassendes Angriffskrieg seit 2022. Seit mehr als zehn Jahren führt Russland also diesen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische Friedensordnung. Russland ist der Aggressor und daher auch der Staat, der sich mit jedem weiteren Tag, den dieser Krieg andauert, weigert, das sinnlose Töten endlich zu beenden.

Wir unterstützen eine unabhängige Untersuchung von Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen.

So lange das der Fall ist, muss Deutschland die Ukraine politisch in ihrem Selbstbestimmungsrecht und militärisch mit Waffenlieferungen unterstützen, bis die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet wieder selbstbestimmt verwalten kann. Dazu gehört auch, dass die Ukraine das Recht haben muss, militärische Ziele in Russland anzugreifen, um sich selbst vor weiteren Angriffen zu schützen. Die Integration der Ukraine in die NATO und ihre militärische Stärkung ist der einzige Weg, langfristig Frieden und eine Zukunft für das Land zu sichern

Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die europäische Sicherheit und die europäischen Werte von Demokratie, Menschenrechten und Frieden. Die Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union sollten daher weiter vorangetrieben werden.

Die internationale Staatengemeinschaft muss die Ukraine darin unterstützen, das Land jetzt als auch nach dem Ende des Angriffskriegs wieder aufzubauen.

Putins System betreibt seit spätestens 2014 einen Parallelkrieg, bei dem Desinformation als Waffe genutzt wird, um westliche Demokratien zu destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten und die Unterstützung für die Ukraine zu untergraben. Falschbehauptungen wie die "Bedrohung durch die NATO" oder ein angeblicher Genozid dienen dazu, Russlands Aggression zu rechtfertigen und Zweifel an den Positionen der Personen und Akteur*innen zu säen, die für Freiheit, echte Demokratie und Selbstbestimmung eintreten. Plattformen müssen verpflichtet werden, gezielte Desinformation zu löschen und ihre Algorithmen transparenter zu gestalten. Zudem sind russische Propagandamedien wie RT und Sputnik dauerhaft zu sperren, während faktenbasierte, unabhängige Medien gestärkt werden. Es ist Zeit für klare Maßnahmen, um Desinformation zu bekämpfen und unsere Demokratien zu schützen.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch viele Menschen in Russland unter der Tyrannei des Regimes leiden. So sollte beispielsweise kein Mensch jemals zum Kriegsdienst gezwungen werden dürfen. Deshalb sind wir als GRÜNE JUGEND solidarisch mit allen, die gegen Putins Herrschaft und seinen Krieg ankämpfen.

**Frieden im Nahen Osten**

Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir den brutalen Angriff der Hamas und anderer Terrororganisationen auf Israel, bei dem unzählige Zivilist*innen verletzt, getötet oder entführt wurden. Wir fordern die sofortige, bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die noch heute gefangen gehalten werden. Uns bestürzt als queerfeministischer Verband besonders das Ausmaß der systematischen sexualisierten Gewalt durch die Hamas. Auch verurteilen wir die Verherrlichung dieses antisemitischen Terrors als „Widerstand“ auch durch Akteur*innen in Deutschland. Wir stehen selbstverständlich an der Seite der israelischen Zivilbevölkerung und bekräftigen das Existenzrecht sowie das Recht auf

Selbstverteidigung Israels gegen solche Angriffe. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Hamas zu zerschlagen, ihre Anführer*innen, aber auch ihre Unterstützer*innen, wie beispielsweise das Terrorregime im Iran, zur Rechenschaft zu ziehen. Für den Schutz der palästinensischen und israelischen Zivilbevölkerung braucht es einen sofortigen Waffenstillstand.

Angesichts des Vorgehens der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen und tausenden zivilen Opfern unterstützen wir eine unabhängige Untersuchung von Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Humanitäre Organisationen warnen vor einer akuten Hungersnot für die palästinensische Bevölkerung. 70 Prozent der Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Gleichzeitig schränkt die israelische Regierung nachweislich die Zufuhr von Hilfsgütern ein. Immer wieder wird der Vorwurf eines Genozids von Israel an den Palästinenser*innen erhoben. Als GRÜNE JUGEND fordern wir die israelische Regierung auf, die Lieferung humanitärer Hilfe ungehindert in den Gazastreifen zuzulassen. Angesichts der humanitären Lage im Gazastreifen und dem dokumentierten brutalen Vorgehen der israelischen Regierung darf Deutschland keine weiteren Waffen an Israel liefern, die zu anderen Zwecken als denen der Verteidigung eingesetzt werden könnten.

Nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in Libanon leidet die Bevölkerung unter den Kämpfen zwischen der islamistischen Hisbollah und dem israelischen Militär. Dabei verstärkt der Konflikt die wirtschaftliche Notlage im Land. In der Auseinandersetzung zwischen Israel und der vom Terrorregime im Iran unterstützten Hisbollah muss es darum gehen, die Zivilbevölkerung zu schützen – besonders die 1,2 Millionen Menschen in Libanon, die aktuell auf der Flucht sind. Wir unterstützen die internationalen Bestrebungen nach einem Waffenstillstand in Libanon und fordern die internationale Gemeinschaft ebenso auf, sich für eine Lösung einzusetzen, die der israelischen Zivilbevölkerung eine sichere Rückkehr in den Norden des Landes ermöglicht.

Die fortgesetzte illegale Siedlungspolitik und die völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank sowie die Gewalt durch rechtsradikale Siedler*innen gegen palästinensische Zivilist*innen müssen sofort beendet werden. Die aktuelle Politik der israelischen Regierung trägt zu einer Eskalation der Gewalt bei und untergräbt die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung.

Anhaltende Sicherheit für Israelis wird nur möglich sein, wenn es auch anhaltende Sicherheit für Palästinenser*innen gibt, und umgekehrt. Daher geben wir die Vision nicht auf, dass beide friedlich Seite an Seite in zwei Staaten leben.

Die Pläne der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung, Teile der Westbank zu annektieren und damit die Zwei-Staaten-Lösung noch weiter zu verunmöglichen, verurteilen wir. Eine adäquate politische Reaktion wäre die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates einschließlich des

Gazastreifens sowie die Sanktionierung relevanter Vertreter*innen der Siedlerbewegung.

Aber nicht nur in der Region hat der Krieg seit dem 07.10.2023 Auswirkungen.

Es ist beängstigend und absolut inakzeptabel, wenn sich Juden*Jüdinnen in Deutschland nicht mehr ohne weitreichende Sicherheitsmaßnahmen trauen, ihr Leben zu gestalten. Gleichzeitig sehen wir auch einen erheblichen Anstieg von anti-muslimischem Rassismus. Dieser darf, genauso wie jede andere Form von Hass und Ausgrenzung, in unserer Gesellschaft niemals toleriert werden. Wir fordern wirksame Maßnahmen, um Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft zu bekämpfen, besonders durch Bildungs- und Präventionsarbeit, die finanziell gestärkt und langfristig gesichert werden muss.

In der GRÜNEN JUGEND hat jede Form von Rassismus und Antisemitismus keinen Platz.

**Krieg um Ressourcen im Sudan**

Der wohl größte in Deutschland kaum thematisierte Krieg spielt sich derzeit im Sudan ab. Dabei geht es um einen Konflikt über den Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, wie zum Beispiel den Zugang zu den endlichen Ressourcen Gold und Öl, der auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird. Weil Autokraten und paramilitärischen Gruppen Machtspiele spielen, leidet die Bevölkerung des Landes unter der größten humanitären Katastrophe der Welt: mehr als die Hälfte hungert (26 Millionen Menschen), die medizinische Versorgung ist vielerorts zusammengebrochen und über 13 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht vor dem Krieg. Zehntausende Zivilist*innen wurden getötet oder verletzt.

Beide Kriegsparteien begehen zudem erschreckende Menschenrechtsverletzungen. Es geht unter anderem um Kriegsverbrechen wie sexualisierte Gewalt, Folter, Misshandlungen, Mord und Verstümmelung. Aktuell gibt es quasi keine Möglichkeit, humanitäre Hilfe ins Land zu bringen, da beide Kriegsparteien auch humanitäre Akteure und deren Mitarbeitenden ins Visier nehmen.

Wir setzen uns für die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen Waffenstillstand ein. Die Unterstützer der Konfliktparteien müssen aufhören, den Konflikt durch Waffenlieferungen zu verstärken und der Zugang für humanitäre Hilfe muss von den Konfliktparteien gewährleistet werden. Für einen etwaigen Friedensprozess ist die Beteiligung der sudanesischen Zivilgesellschaft an diesem essenziell.

**Kurdische Freiheitskämpfe unterstützen: Jin, Jiyan Azadi!**

Unter dem Leitspruch “Jin, Jiyan, Azadi”, der für Frau, Leben und Freiheit steht, haben sich insbesondere die Kämpfer*innen der syrisch-kurdischen YPG der Terrororganisation des IS entgegengestellt. Die kurdischen Siedlungsgebiete im Nordostensyriens sowie im Norden des Iraks und die Shingal-Region auf dem Gebiet des Zentraliraks sind jedoch seit 10 Jahren anhltender Schauplatz gezielter Destabilisierung und kriegerischer Handlungen.

Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung zu einer klaren Haltung gegen die kriegerischen Aktivitäten des NATO-Partners Türkeis in Syrien und im Irak auf. Auch fordert die GRÜNE JUGEND Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

Die neue Dynamik für einen mögliche Wiederbelebung des türkisch-kurdischen Friedensprozesses ist aus unserer Sicht ein Hoffnungsschimmer, den Deutschland durch eine starke, internationale Rolle begleiten sollte. Auch deswegen ist die Bundesregierung aufgefordert, sichfür die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei, einzusetzen und dies zur Bedingung jedweder Kooperation mit der Republik Türkei zu machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diplomatische Beziehungen zu den kurdischen Autonomiebehörden im Nordosten Syriens aufzunehmen. Diese Region hat die Menschheit vor dem Terror des IS gerettet und verdient unsere politische Unterstützung, insbesondere bei Sicherung und Strafprozessen von IS-Tätern.

Wir unterstützen die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak. Die Präsenz der Bundeswehr in Erbil gilt es langfristig zu sichern, um die Region in ihrer Sicherheit zu unterstützen. Die anhaltende Destabilisierung der Region durch den Iran verurteilen wir scharf. Die Bundesregierung sollte mit ihren Partnern in Kurdistan-Irak eine gemeinsame Strategie gegen die Einflussnahme des Irans entwickeln.

10 Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden durch den IS ist die Shingal Region im Zentralirak immer noch nicht sicher für eine umfassende Rückkehr der vielen Hunderttausenden Binnenvertriebenen. Die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft müssen Sicherheit und Frieden für Shingal zur Priorität ihrer Irakpolitik machen. Alle externen Akteure müssen aufhören, das ursprüngliche Siedlungsgebiet der Jesiden als Spielfeld ihrer politischen Machtkämpfe zu nutzen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine umfassende Aufarbeitung von IS-Verbrechen ein. Das Ende der UNITAD-Mission auf Druck der pro-iranischen Kräfte im Irak bleibt ein Skandal. Jetzt gilt es die Aufarbeitung von IS-Verbrechen auf anderen Wegen zu unterstützen.

**Solidarität hat kein Ablaufdatum: Bergkarabach**

Angesichts der fortdauernden prekären Situation der, vor dem aserbaidschanischen

Angriff aus Bergkarabach geflüchteten, Armenier*innen, der Zerstörung des armenischen kulturellen Erbes in Bergkarabach und der fortdauernden Bedrohung der Existenz Armeniens und der Sicherheit der armenischen Bevölkerung durch das Alijew-Regimes, erneuern wir unsere Forderungen, die wir im Rahmen des Antrages “Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach” auf dem 57. Bundeskongress beschlossen haben. Wir verurteilen auch weiterhin den aserbaidschanischen Angriff auf Bergkarabach und sind solidarisch mit den aus Bergkarabach Geflüchteten, den Menschen in Armenien sowie der migrantisch-armenischen Community in Deutschland.

**Oberste Prioritäten: Schutz und Umsetzung des Völkerrechts**

Es ist an der Zeit, dass Bündnis 90/Die Grünen sich konsequent für ein sicheres Zuhause für alle Menschen in Konfliktgebieten einsetzt. Dazu braucht es gezielte Aufnahmeprogramme und die mehr als einmalige Anwendung der europäischen Massenzustromsrichtlinie als zentrale Instrumente. Gleichzeitig müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden, um Menschen in Not zu unterstützen

Wer in Deutschland Schutz gefunden hat, muss auch hier sicher sein. Abschiebungen – insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete – stehen klar im Widerspruch zu den Werten der GRÜNEN JUGEND. Stattdessen fordern wir verstärkt Aufnahmeprogramme, die Menschen aus gefährdeten Regionen eine langfristige Perspektive bieten.

Insbesondere nach einem erfolgreichen Putsch in Syrien nun Asylanträge nicht mehr zu behandeln und sofortige Abschiebungen in ein Land zu fordern, welches weiterhin keine gesicherte Demokratie ist und von einer bewaffneten Terrororganisation befreit wurde, ist nicht mit dem Schutz von Menschen vereinbar.

Es ist zudem unerlässlich, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und Hilfsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefert. Besonders in Regionen, die von anhaltenden Konflikten betroffen sind, sind solche Lieferungen oft überlebenswichtig.

Humanitäre Hilfe darf dabei nicht an politische oder wirtschaftliche Interessen geknüpft sein, sondern muss den Menschen in den betroffenen Gebieten direkt zugutekommen. Nur durch eine Kombination aus Schutz, Aufnahmeprogrammen und humanitärer Unterstützung kann Deutschland seiner Rolle als solidarischer Akteur in der internationalen Gemeinschaft gerecht werden.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten

der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des humanitären Völkerrechts basiert und sich gleichzeitig für globale Gerechtigkeit und eine Überwindung des postkolonialen Erbes der europäischen Nationalstaaten einsetzt.

Die Vereinten Nationen, die internationalen Gerichtshöfe sowie deren Organe sind zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und genießen in ihren Einschätzungen unser Vertrauen. Sie müssen von uns gegen Angriffe verteidigt werden.
Urteile und Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes umzusetzen, ist Deutschlands vertragliche Pflicht. Als solche bedarf sie keiner Interpretation. Sich klar zu dieser Pflicht zu bekennen muss eine Selbstverständlichkeit jeder deutschen Politik sein.

Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte, menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

**Unsere Verantwortung als GRÜNE JUGEND**

Selbstverständlich sind die hier thematisierten nicht die einzigen (kriegerischen) Konflikte auf dieser Welt. Ob Afghanistan, Äthiopien oder Nigeria, unsere Grundprinzipien bleiben die gleichen.

Als Jugendverband sind unsere Einflussmöglichkeiten auf internationale kriegerische Konflikte begrenzt, dennoch trägt der Verband die Verantwortung sich zu diesen Themen weiterzubilden. Dafür unterstützt der Bundesvorstand die Landes- und Kreisverbände.
Gewalt und kriegerische Handlungen bleiben für uns kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung und wir verurteilen sie ohne Ausnahme. Wir stehen zu jeder Zeit und in jedem Konflikt an der Seite der Zivilbevölkerung und jener, die sich gegen kriegerische Angriffe verteidigen müssen, und rufen zu deren Schutz auf.
Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist auch während kriegerischen Konflikten nicht verhandelbar, sondern oberstes Gut. Unter Kriegen und Konflikten leiden marginalisierte Menschen immer am stärksten, ihr Schutz ist dabei nie zweitrangig. Egal in welchem Konflikt, Hunger und sexualisierte Gewalt werden immer wieder als Kriegswaffe missbraucht. Niemals darf das geduldet werden.

Daher stehen wir an der Seite derer, die sich weltweit für ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einsetzen. Wir engagieren uns in solidarischen Bündnissen zum Schutz von Zivilist*innen und gegen die globale Rückkehr faschistischer Herrschaft, und verschaffen marginalisierten Stimmen in unserer Gesellschaft Gehör. Demokratien müssen überall auf der Welt geschützt werden, sei das mit Diplomatie, humanitärer Hilfe, Sanktionen oder Waffenlieferungen, wenn nötig. Bei all dem sind wir als GRÜNE JUGEND nicht machtlos. Auch wenn es nicht unsere Aufgabe ist, konkrete Lösungsvorschläge für Konflikte zu formulieren und realisieren, können wir doch auf die politischen Verantwortlichen in Deutschland und Europa Druck ausüben und uns so für eine deutsche und europäische Außenpolitik einsetzen, die sich ihrer Mitverantwortung

für das Schicksal vieler Menschen und der globalen Ungerechtigkeiten bewusst ist, Fehler aufarbeitet und nach den, in diesem Antrag formulierten Prinzipien handelt.

Wir werden gemeinsam für einen globalen Antifaschismus, einen echten Frieden in Freiheit und grenzenlose Solidarität einstehen!